Nur für eine Gemeinde Wahlmöglichkeit gegeben?

Innenminister: Eingemeindung als Alternative

R.A. - Der Zielplan des Innenministers für die Bildung der Verbandsgemeinden enthält, wie erst gestern von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wurde, nur für eine einzige Gemeinde des Kreises Mainz-Bingen eine echte Wahlmöglichkeit. Überraschend enthält die Mitteilung über die vorgesehene Bildung von Verbandsgemeinden nur für Sponsheim den Hinweis, daß neben der Zugehörigkeit zu einer Verbandsgemeinde Gensingen-Sprendlingen auch eine Eingemeindung nach Bingen in Betracht kommen könnte. Derartige Hinweise hat das Innenministerium nicht in bezug auf die Eingemeindungswünsche der Gemeinden Wackernheim und Essenheim zur Landeshauptstadt Mainz gegeben. Auch bezüglich der Absichten anderer Gemeinden, sich mit Nachbarorten zusammenzuschließen, ist den Erläuterungen zur Zielplanung nichts zu entnehmen.

Diese unterschiedliche Behandlung der Gemeinden, die ihre Selbständigkeit aufgeben wollen, gegenüber der Gemeinde Sponsheim, die bisher derartige Absichten nicht offiziell bekundet hat, mag sich daraus erklären, daß man es im Innenministerium für das Gemeinwohl dienlich hält, gerade die Gemeinde Sponsheim auf eine ihr gegebene naheliegende Möglichkeit für die Zukunft hinzuweisen, die dort anscheinend bisher nicht herausgefunden worden war. Demgegenüber war ein solcher Hinweis für die Gemeinden Wackernheim und Essenheim sicherlich unnötig, weil beide ihren klaren Willen zum Anschluß an die Stadt Mainz bereits deutlich genug bekundet haben. Ebenso brauchte Genheim nicht auf die Anschlußmöglichkeit nach Waldalgesheim aufmerksam gemacht zu werden, und auch für die Gemeinden Nierstein und Schwabsburg ist hinsichtlich des Zusammenschlusses alles klar, nachdem der entsprechende Antrag dem Ministerium bereits vorliegt. Daß parallel dazu auch die Stadt Oppenheim und die Gemeinde Dienheim sich zu einer Stadtgemeinde vereinigen könnten, ist bekanntlich seit Jahren Gegenstand der Diskussion und brauchte wer vom Innenministerium nicht besonders erwähnt zu werden.

Dennoch könnte aus dem Fehlen solcher Bemerkungen des Ministeriums zu der Zielplanung auch der Schluß gezogen werden, daß dort wenig Neigung bestünde, solchen Wünschen der Gemeinden zuzustimmen. Es ist anzunehmen, daß dieser Schluß aber dort nicht gerechtfertigt ist, wo durch Gemeindezusammenschlüsse oder Eingemeindungen die Existenz der vorgesehenen Verbandsgemeinden nicht in Frage gestellt wird.

Sicherlich werden zumindest Wackernheim und Essenheim unter dem Eindruck des Zielplanentwurfs ihren Willen, sich der Stadt Mainz anzuschließen, nicht aufgeben. Man muß abwarten, ob sie nach dem Abschluß des jetzt angelaufenen Anhörverfahrens damit zum Zuge kommen werden.

Bei der Gendarmerie gab es Beförderungen

Bei der Gendarmerie des Kreises Mainz-Bingen wurden befördert: Gendarmerie-Obermeister Erich Westphal (Gau-Algesheim) zum Hauptmeister, Gendarmeriemeister Walter Klasen (Gau-Algesheim) zum Obermeister und die Gendarmerie-Hauptwachtmeister Alfred Greber und Bernd Mohr (Sprendlingen) und Winfried Krahn (Heidesheim) zu Meistern. Herzlichen Glückwunsch!

Obstbauberater kommen

Die Kreisobstbauberater des Landkreises Mainz-Bingen haben am Montag, 23. März, vormittags, Sprechtag in Ingelheim und nachmittags Beratung in Sporkenheim und Ingelheim-Nord, außerdem praktische Unterweisungen in der Obstgemeinschaftsanlage Zornheim. Am Mittwoch, 25. März, werden zwecks Entscheidung über die Rodeprämie gerodete Obstanlagen in Ingelheim, Heidesheim und Ingelheim-Süd besichtigt. Außerdem ist Beratung in Mainz-Finthen, Essenheim und Nieder-Olm. Am Freitag, 26. März, ist vormittags Beratung in Bingen-Büdesheim, Bingen-Dietersheim und Grolsheim, nachmittags Sprechtag in Sprendlingen, außerdem Beratung in Klein-Winternheim und Sörgenloch. Sprechtage im Landratsamt in Mainz haben die Obstbauberater am Dienstag, 24. März und Donnerstag, 26. März, vormittags.

Bodenheim. Die am Flurbereinigungsverfahren Bodenheim-Süd beteiligten Mitglieder der Aufbaugemeinschaft treffen sich am Sonntag, 22. März, um 16 Uhr im Gasthaus „Zum goldenen Lamm".



KIRCHENPRÄSIDENT HILD sprach bei einer Veranstaltung des Dekanats in Oppenheim. Hild steht seit dem vergangenen Jahr an der Spitze der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Foto: Klos

Dienst am Nächsten oberstes Gebot

Kirchenpräsident Helmut Hild sprach in Oppenheim für Neugestaltung der Kirche

l-l. Oppenheim. Die größte Aufgabe dieser Zeit sei es, den „Hungergraben" zu überwinden und den Menschen zu helfen, die „nach Hilfe schreien". Zu diesem Ergebnis kam Kirchenpräsident Helmut Hild von der Evangelischen Kirche Hessen-Nassau bei seinem Referat über das Thema „Kirche zeitgemäß — aber wie?" in der überfüllten Landskrongaststätte. Die Veranstaltung konnte wegen Renovierungsarbeiten nicht in der Katharinenkirche erfolgen.

Pfarrer Philipp Schwöbel wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, die Kirche befinde sich in einer Umbruchszeit, wie dies schon öfters in der Geschichte der Fall gewesen sei. Dekan Schemel aus Nierstein forderte den Kirchenpräsidenten auf, den Christen Wege aufzuzeichnen, wie man den Sorgen und Nöten dieser Zeit begegnen könne.

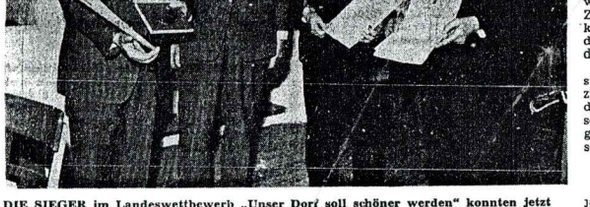
Kirchenpräsident Hild ging in seinen Ausführungen von den Kernfragen aus, welche Rolle die Kirche in der heutigen Gesellschaft spiele und welche Arbeitsformen sie entwickele, um den Aufgaben gerecht zu werden. Der Referent umriß zunächst den Auftrag der Kirche, der ihr von Jesus Christus, dem Überwinder des Todes und dem Vermittler des Lebens, zuteil wurde. Das bedeute für den Christen ein Hineingehen in die Welt, um von ihm zu reden und im Geiste seiner Liebe den Mitmenschen zu dienen. Allerdings setze dies voraus, das Evangelium zu verkünden in der entsprechenden Lebenssituation. Die Probleme seien immer abhängig von der Zeit, in der man lebe.

Der Kirchenpräsident betonte, es solle nicht nur vom Gemeindeleben und von der Nächstenliebe geredet werden, sondern man müsse sich auf die Verhältnisse einstellen, unter denen der Mensch lebe. In diesem Zusammenhang warf er einige Schlaglichter auf die industrielle Leistungsgesellschaft, die durch den wachsenden, aber auch gefährlichen Wohlstand das kirchliche Leben beeinträchtige. Deshalb müsse sich die Kirche der Vielfalt des Lebens annehmen.

Die große Mehrheit der Christen bejahe nach wie vor die Volkskirche, führte Helmut Hild weiter aus, auch wenn in den Massenmedien verschiedentlich eine andere Darstellung gegeben werde. Der Mensch wisse wohl den Dienst der Kirche zu schätzen und sei bereit, seinen Obolus dafür zu zahlen. Er meinte, diejenigen, die mit Ernst Christen sein wollten, sollten ihren Auftrag noch stärker erfüllen als seither.

Der Prozeß, in dem der heutige Mensch stehe, veranlasse auch die Kirche, ihre Formen und ihre Gestalt zu wechseln. Wenn kein Gotteshaus vorhanden sei, aber ein Gemeindezentrum dringend notwendig erscheine, müsse eben das Gemeindehaus zuerst gebaut werden, meinte der Kirchenpräsident. Die Christen sollten sich nicht scheuen, Experimente zu wagen, wenn auch nicht gleich die richtigen Ergebnisse gefunden würden. Es sei für die Kirche wichtig, in diesem Umformungsprozeß der Zeit gerecht zu werden. In dieser Ratlosigkeit sollten die Wege gefunden werden, um den Dienst am Nächsten zu erfüllen, in dem Wissen, daß Christus unter uns weile.

In der Diskussion wurde klar herausgestellt, daß die Sprach- und Denkschranke zwischen den Generationen bestehe und deshalb das Verständlichmachen recht schwierig sei. Trotz verschiedener Meinungen sollten sich die Gesprächspartner einig sein.



DIE SIEGER im Landeswettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden" konnten jetzt aus der Hand von Regierungspräsidenten Keller in Lindenberg ihre Auszeichnungen in Empfang nehmen. Unser Bild zeigt von links nach rechts Bürgermeister Weidmann aus Bornheim, das im vergangenen Jahr zweiter Bezirkssieger wurde und im Landesentscheid eine Silberplakette errang, Regierungspräsident Keller sowie die Bürgermeister Heinz Steib aus Zornheim und Otto Graßmann aus Uelversheim. Zornheim war 1969 in der Sonderklasse und Uelversheim in der Hauptklasse des Bezirksentscheids erfolgreich. Regierungsdirektor Liebhaber und Oberlandwirtschaftsrat Merkl gaben Hinweise zum Wettbewerb 1970. Foto: Mauch

Renten bargeldlos zahlbar

Landesversorgungsamt gibt entsprechende Formulare aus

Das Landesversorgungsamt Rheinland-Pfalz weist diejenigen Kriegsopfer, die ihre Versorgungsbezüge noch jeden Monat an den Postschaltern in Empfang nehmen, erneut auf die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des bargeldlosen Zahlungsverkehrs hin.

Die Überweisung der Versorgungsrenten kann auf ein Konto bei einem Kreditinstitut oder auf ein Postscheckkonto oder Postsparbuch erfolgen.

Zu diesem Zweck werden bei den Rentenzahlungen für April und Mai an den Postschaltern Antragsvordrucke ausgehändigt, die von den Versorgungsberechtigten nur ausgefüllt zu werden brauchen. Die Deutsche Bundespost und die Kreditinstitute (Kreis- und Stadtsparkassen, Volksbanken, Raiffeisenkassen, Banken usw.) haben sich bereit erklärt, die ausgefüllten Anträge dem zuständigen Versorgungsamt zu übersenden, so daß den Versorgungsberechtigten nicht einmal Portokosten entstehen. Die Anträge brauchen also nur bei dem Kreditinstitut abgegeben zu werden, bei dem der Versorgungsberechtigte ein Konto unterhält oder neu eröffnet.

Wappen für Stadecken-Elsheim

Rat billigt Entwurf / Angleichung der Satzungen angestrebt

Stadecken-Elsheim. In der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung ging es hauptsächlich um die Angleichung der bisher in beiden Ortsteilen erlassenen Satzungen. Die Sammelsatzung, die Satzung über die Erhebung von Beiträgen für Erschließungsanlagen sowie über die Erhebung für den Ausbau von Erschließungsanlagen und die Friedhofssatzung mit der dazugehörenden Gebührensatzung wurden eingehend besprochen. Entsprechende Entwürfe sollen bis zur nächsten Sitzung ausgearbeitet und vorgelegt werden.

Mit 9 gegen 6 Stimmen bestimmte die Gemeindevertretung das neue Ortswappen, das in der Mitte waagrecht geteilt ist. In der oberen Hälfte befindet sich ein schwarzer Adler auf gelbem Grund (das seitherige Wappen der Gemeinde Elsheim), und die untere Hälfte zeigt das seitherige Stadecker Wappen, die Zinnen der ehemaligen Burg sowie einen schräggestellten Schlüssel auf blauem Grund.

Auf Antrag des Gemeindevertreters Franz Heinrich Horn, der auf Grund der Prüfung der Belege des Schulverbandes für das Rechnungsjahr 1969 durch den Finanzausschuß das Wort ergriff, wurde Bürgermeister Heinrich Hoth einstimmig Entlastung erteilt.

Nach einstimmigem Beschluß der Gemeindevertretung sollen die Arbeiten zum Ausbau des Saubachs in der Ortslage einer Firma zum Angebotspreis von 51 775,95 Mark übertragen werden. Bei zwei Stimmenthaltungen beschloß die Gemeindevertretung, die Instandsetzung des Schildweges mit einer Asphalt-Feinbetondecke einer Firma zum Angebotspreis von 12 032,40 Mark zu übertragen.

Die beiden Anträge auf Umbau von bestehenden Wohnhäusern sowie eine Aussiedlung im Ortsteil Elsheim wurden einstimmig genehmigt. tt

Blick nach nebenan

Wöllstein bleibt

Wöllstein. Die Bürgermeister der Gemeinden, die zu einer Verbandsgemeinde Wöllstein kommen sollen, waren bei einer Besprechung mit Landrat Rolf Rein darüber einig, daß diese Verbandsgemeinde im Kreis Alzey-Worms bleiben soll, wie es auch der Zielplanentwurf des Innenministeriums vorsieht. Damit wurde allen Spekulationen, daß diese Verbandsgemeinde sich dem Kreis Bad Kreuznach anschließen wolle, gegenstandslos. Die Bürgermeister von Gau-Bickelheim und Stein-Bockenheim machten ihre Zustimmung zu einer Verbandsgemeinde mit Sitz Wöllstein sogar davon abhängig, daß an der Zugehörigkeit zum Kreis Alzey-Worms nichts geändert wird.

Gemeinderat tagt

Saulheim. Am Montag, 23. März, um 20 Uhr ist bei einer Gemeinderatssitzung über die Friedhofsgebührenordnung, die Bildung eines Weinlagenausschusses, die Anbringung einer Blinkleuchte am Bahnübergang Schillerstraße und die Trassenführung der neuen Autobahn parallel zur B 50 sowie weitere Punkte zu beraten.

Ödland nicht flämmen

Die weitverbreitete Unsitte, im Frühjahr Gräben, Wegränder, Flußufer, Dämme und Ödland abzubrennen, ist auch jetzt wieder zu beobachten. Jedoch ist nun das Flämmen dieser genannten Flächen seit dem 15. März gesetzlich verboten; Zuwiderhandlungen werden als Straftaten behandelt und dementsprechend verfolgt und geahndet. Besonders der Jäger und Naturfreund richtet die dringende Bitte an alle Mitbürger und die heranwachsende Jugend, kein Feuer an diese Flächen zu legen. Denn in dieser Zeit haben die Hasen und anderes Niederwild die ersten Jungen in den von Wind und Kälte geschützten Stellen geworfen, da die übrige Natur noch kahl ist; Dickungen und Bäume sind ohne Laub. Die gesamte Fauna und Flora erwacht aus ihrem Winterschlaf. Auch die Bodenbrüter unter den Vögeln suchen sich geschützte Nistplätze. Deshalb der Appell: Man sollte die „Wohnungsnot" der Tiere nicht noch mutwillig vergrößern. Das Wild bedarf nicht nur im Winter durch ausreichende Fütterung unserer Hilfe; die Aufzucht der Jungen im Frühjahr ist ebenso wichtig. ch

Verantwortlich für Kreis Mainz-Bingen: Reinhart Avener in Mainz

Entscheidender Strukturwandel beginnt

In Mommenheim siedelt sich ein Werk der Kunststoffverarbeitungsindustrie an

-U- Mommenheim. Jetzt kann man Mommenheim als einen Ort mit Zukunft ansprechen. Mit der Ansiedlung eines größeren Unternehmens der kunststoffverarbeitenden Industrie, das ein Zweigwerk errichten wird, vollzieht sich ein entscheidender Strukturwandel. Der Baubeginn des neuen Werkes soll am 6. April erfolgen. Die Aufnahme der Produktion ist für den 1. September vorgesehen, sofern die Witterung die Bauarbeiten nicht allzusehr behindert.

Überraschend trat im Januar die Geschäftsleitung der Schneider KG aus Rohrbach im Odenwald an die Gemeindeverwaltung mit der Absicht heran, in Mommenheim ein Zweigwerk zu errichten. Die Firma befaßt sich mit der Herstellung von Spulen und Verpackungen aus Kunststoff und Metall für Filme, Tonbänder und Datenspeicher und ist eine der wenigen Firmen, die diese Gegenstände produziert. 30 Prozent der Produktion gehen in den Export.

● Gemeinderat und Verwaltung erkannten sofort die Bedeutung einer solchen Industrieansiedlung für den Ort und gaben bereits eine Woche später, am 29. Januar, einstimmig ihre Zustimmung. Landrat Dr. Heribert Bickel, der von diesen Vorgängen unterrichtet wurde, sah in dem Vorhaben den Beginn einer modernen Entwicklung der Gemeinde. Der Leiter der Industrieplanung beim Landratsamt, Dipl.-Ing. Kahl, und Bauamtmann Choquet wurden von ihm beauftragt, alle Wege zur Ansiedlung des Werkes zu ebnen. Dem Landrat und diesen beiden Beamten ist es zu verdanken, daß alles sehr rasch und unbürokratisch positiv entschieden wurde, obwohl mit zehn Dienststellen Verhandlungen geführt werden mußten.

In weiteren vier Gemeinderatssitzungen wurden die nötigen Beschlüsse über die Ausweisung des erforderlichen Gewerbegebietes und die Aufstellung eines entsprechenden Bebauungsplanes gefaßt. Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern wurden zum Abschluß gebracht, wobei die gesamte Ortsbevölkerung in dem neuen Werk eine Existenzgrundlage sah, die vielen Mommenheimern das Auspendeln in entfernt gelegene Großstädte ersparen kann. Das gesamte Ortsbild dürfte sich in den nächsten zehn Jahren grundlegend verändern.

Das Werk wird im Gemarkungsteil „In den fünfzehn Morgen" auf einem Gelände von 35 000 Quadratmetern an der Gaustraße in Richtung Harxheim unterhalb des Friedhofes auf der rechten Straßenseite stehen und soll in drei Abschnitten erstellt werden. Zunächst wird voraussichtlich am 1. September mit 250 bis 300 Arbeitskräften, je zur Hälfte Männer und Frauen, der Betrieb aufgenommen. Die Errichtung der beiden danach geplanten Bauabschnitte richtet sich nach der Entwicklung des Zweigwerkes Mommenheim. Sofern die Konjunktur gut bleibt, kann in den nächsten Jahren mit einer Ausweitung des Werkes gerechnet werden.

● Hervorzuheben ist, daß keine Facharbeiter, sondern nur angelernte Arbeitskräfte beschäftigt werden. Damit ergeben sich geeignete Arbeitsplätze gerade für Landwirte, die ihre Betriebe aufgeben oder in Nebenerwerbsbetriebe umwandeln



MIT SCHWEREN VERLETZUNGEN mußte ein Autofahrer aus Wörrstadt in die Mainzer Universitätskliniken eingeliefert werden. Beim Überholen auf der Bundesstraße 40 bei Nieder-Olm war er abends mit einem Mainzer Lastwagen zusammengestoßen. Am Pkw gab es Totalschaden (unser Bild), am Lkw mittlere Beschädigungen. Foto: Klos